

Im Namen des Lippstädter Netzwerks für Frieden und Solidarität begrüße ich sie alle ganz herzlich!

Ich bin überwältigt von der großen Zahl der hier Anwesenden, die damit ihre Solidarität mit Mariam Morad zeigen.

Mariams Leidensgeschichte begann im Jahre 2014 mit der Zerbombung des Hauses der Familie Morad in Syrien. Sie flohen in die Türkei und wollten von dort in verschiedenen Schlauchbooten über das Mittelmeer.

3 Geschwistern gelang die Überfahrt und die weitere Flucht bis nach Deutschland. Das Boot, in dem Mariam, ihre Eltern, die Oma und ein jüngerer Bruder saßen, bekam auf dem Meer Probleme und sie wurden zurück in die Türkei gebracht.

Im Rahmen der Familienzusammenführung konnten ihre Eltern zur jüngsten Tochter nach Deutschland einreisen, Mariam durfte nicht mit einreisen, da sie mittlerweile volljährig war. Sie wollte daher auf dem beschwerlichen Landweg nach Deutschland kommen, schaffte es allerdings nur bis Bulgarien, wo sie von der Polizei aufgegriffen wurde.

Die Unterbringung und die Übergriffe und Belästigungen dort waren so schlimm, dass sie seitdem an Schlafstörungen und Panikattacken leidet. Berichte hierzu liegen den Behörden vor. Sie wurde immer wieder bedrängt, ein Papier zu unterschreiben, eher käme sie nicht frei. Nach 30 Tagen unterschrieb sie und wurde entlassen, bekam in Bulgarien keine weitere Unterstützung mehr und ist weiter nach Deutschland gereist, wo sie am 28.03.2022 einen Asylantrag stellte. Dieser wurde abgelehnt, da ihr bereits in Bulgarien subsidiärer Schutz zuerkannt wurde. Sie wurde aufgefordert, Deutschland freiwillig wieder zu verlassen, ansonsten würde sie abgeschoben.

Als das Lippstädter Netzwerk für Frieden und Solidarität vor einem Jahr von Mariams Schicksal erfuhr, haben wir zunächst einmal die Unterlagen intensiv geprüft. Erst als wir der festen Überzeugung waren, dass eine Rückkehr nach Bulgarien für Mariam unzumutbar sei, haben wir uns an den Petitionsausschuss und an die Härtefallkommission gewandt.

Im Protokoll der Sitzung der Härtefallkommission vom 14. März ist zu lesen, dass die Fluchtgeschichte glaubhaft ist und dass sie in Bulgarien fürchterliche Dinge erlitten hat, auf die ich nicht näher eingehen möchte.

Ich zitiere nun aus dem Sitzungsprotokoll der Härtefallkommission: "...Eine Zunahme der Ängste wird beschrieben, seitdem Frau Morad weiß, dass sie wieder nach Bulgarien zurück reisen soll. Daher gilt es, eine Konfrontation mit dem Ort der Angst zu vermeiden. Vielmehr sollte sie dringend bei ihrer Familie in einem sicheren Raum bleiben..."

Der Bürgermeister hat mir mit Schreiben vom 23 April, bei mir eingegangen am 7. Mai (ich wusste gar nicht, dass die deutsche Post so schnell ist, 14 Tage für 3 km), also der Bürgermeister hat mir kurz und knapp folgendes mitgeteilt:

" Im Rahmen meines bestehenden Ermessens habe ich nach Abwägung aller Besonderheiten dahingehend entschieden, dem Ersuchen nicht nachzukommen. Frau Morad erhält damit letztmalig bis zum 31.05.2024 die Möglichkeit, freiwillig ihrer Ausreiseverpflichtung nach Bulgarien nachzukommen."

Nach meinem Kenntnisstand ist dies ist sehr ungewöhnlich, denn die Kommunen halten sich i.d.R. zumindest an die Empfehlungen der Härtefallkommission. Als Begründung weist der Bürgermeister als Hauptargument auf den bislang nicht gesicherten Lebensunterhalt hin, ohne allerdings einzugehen, dass die Stadt selbst die Aufnahme einer Ausbildung blockiert hat...

Ich hatte vor 2 Tagen das Glück, im Stadttheater das Bühnenstück „Nun sind wir hier“ der Gruppe Migrantinnen mischen mit des JMD der AWO zu sehen. Da es genau zu unserer Thematik passt, habe ich die Leiterin dieser Gruppe, zufällig meine Frau, gebeten, aus ihrer Sicht etwas zu ergänzen.

Mein Name ist Gudrun Tack. Bis zu meiner Rente war ich 21 Jahre beim Jugendmigrationsdienst der AWO beschäftigt. Das Thema Flucht und Migration ist mir daher durch meine langjährige Arbeit sehr vertraut.

In der AWO habe ich 2006 die Gruppe „Migrant*Innen mischen mit“ aufgebaut und seitdem geleitet. Viele Menschen kennen die Gruppe, weil in den Medien oft über sie berichtet wird. Die Jugendlichen führen viele Projekte durch. Mit ihren Bühnenauftritten „Flüchtlingen ein Gesicht geben“ und ihrem aktuellen Projekt „Nun sind wir hier“ haben sie ihre authentischen Geschichten von Flucht und Ankommen in Deutschland thematisiert und damit viele Menschen emotional erreicht.

Viele Gruppenmitglieder befinden sich im gleichen Alter wie Mariam. Die meisten von ihnen kommen auch aus Syrien.

Doch es gibt einen Unterschied zu Mariam.

Meine Gruppenmitglieder hatten einfach Glück, dass sie bei der Flucht nicht von ihrer Familie getrennt wurden und alle zusammen hier leben können. Im familiären Rahmen hatten sie hier die Möglichkeit, eine emotionale Stabilität aufzubauen, die für ihre Entwicklung in Deutschland wichtig war. Sie konnten hier ihr Leben aufbauen und sich auf ihre schulische und berufliche Laufbahn konzentrieren. Alle Gruppenmitglieder haben einen erfolgreichen Weg hinter sich. Sie studieren Medizin, Pharmazie, Mediendesign oder machen gerade ihr Abitur. Ihr Aufenthaltsstatus gibt ihnen hierzu diese Möglichkeit.

Mariam Murad ist im gleichen Alter, sie hat aber nicht die gleichen Chancen. Sie hatte das Pech, auf der Flucht aus Syrien von ihrer Familie getrennt zu werden und wurde in Bulgarien dazu gezwungen, einen Asylantrag zu stellen.

Sie hat hier nicht die Möglichkeiten, eine Ausbildung als Pflegefachkraft (die wir hier so dringend benötigen) zu beginnen. Die Ausbildung wurde ihr vom Ausländeramt verweigert. Der Bürgermeister hätte durch die Positivempfehlung des Petitionsausschusses und der Härtefallkommission eine Grundlage, Mariam eine Zukunft zu geben. Er ignoriert die Empfehlung des Petitionsausschusses und der Härtefallkommission, die bei ihrer Begründung den besonderen Härtefall von Mariam berücksichtigen und lehnt ein Bleiberecht kategorisch ab!!!

In der Regel halten sich die Kommunen an die Empfehlung der Härtefallkommission. Was bewegt den Bürgermeister, Mariam trotzdem abzuschieben?

Mariam soll Deutschland verlassen! Ihr wird verweigert, sich hier ein Leben in Sicherheit aufzubauen. Sie muss Ihre Familie verlassen und soll in ein Land zurückgehen, wo sie traumatische Gewalterfahrungen erlebt hat.

Die Entscheidung des Bürgermeisters ist nicht zu verstehen!

Michael: Da fällt mir die alte Bibelweisheit ein:

Wer ernten will, muss auch säen. Ich habe den Eindruck, dass in Deutschland gerne geerntet wird, was im Ausland gesät wird! In Mariams Fall muss natürlich in die Ausbildung investiert werden und das Netzwerk und andere Unterstützer sind gerne bereit, gemeinsam mit der Stadt nach Lösungen zu suchen.

Wir wissen, dass der Bürgermeister rein rechtlich gesehen so entscheiden kann, denn das Rechtsverfahren ist abgeschlossen.

Aber nach dem Votum des Petitionsausschusses und der Härtefallkommission hat der Bürgermeister einen Ermessensspielraum.

Und wir als Lippstädter Netzwerk für Frieden und Solidarität appellieren an den Bürgermeister, sich daran zu erinnern, wofür das C im Namen der CDU steht, nämlich für christlich. Für uns sind die wichtigsten christlichen Werte Nächstenliebe und Barmherzigkeit.

Das macht das Christsein aus!

Herr Bürgermeister, Sie brauchen keine Angst haben, ihr Gesicht zu verlieren, wenn Sie Ihre Entscheidung überdenken, ganz im Gegenteil! Es würde von wahrer Größe zeugen, wenn Sie ihre Entscheidung korrigieren würden und Mariam Morad ein Bleiberecht geben.